



## Interview „Landkreistag NRW“

**1. Vor Ihrer Berufung zum Regierungspräsidenten haben Sie viele Jahre als Stadtdirektor und Bürgermeister der Stadt Arnsberg gearbeitet. Welche Erfahrungen und Erkenntnisse aus dieser Zeit kommen Ihnen im neuen Amt zugute?**

Die Zukunftsthemen von der Digitalisierung über die demografischen Veränderungen bis hin zum Klimawandel haben alle einen realen Ort. Sie finden im Lokalen und Regionalen statt. Vor Ort nehmen die Veränderungen und ihre Auswirkungen Gestalt an und werden dadurch gestaltbar. Und vor Ort werden sie auch gestaltet von vielen unterschiedlichen kleinen Lebenskreisen. Deren Potential – auch in ihrer Widersprüchlichkeit – zur Entfaltung zu bringen, ist und bleibt die Hauptaufgabe kommunaler Selbstverwaltung. Land und Bund müssen das unterstützen. Da hilft mir in meiner neuen Aufgabe die Erfahrung als Bürgermeister in außerordentlicher Weise.

Es geht jetzt und vorrangig darum, die erforderlichen neuen Infrastrukturen dafür zu schaffen: Digitale Infrastrukturen, Wissensnetzwerke als Innovationsmotoren und schnellere klimafreundliche Mobilität gerade in den Flächenregionen und zwischen Flächenregionen und Großstadträumen. Die notwendige budgetpolitische Ertüchtigung der Kommunen gehört ebenfalls dazu.

Im Örtlichen entscheidet sich immer wieder die soziale und kulturelle Qualität unserer Gesellschaft und damit die Leistungsfähigkeit unseres gesamten Gemeinwesens – staatliche Strukturen, Wirtschaft, Kultur und Soziales einbegriffen. Die Digitalisierung hilft uns enorm dabei. „Corona“ hat uns das in den letzten Monaten wieder deutlich vor Augen geführt.

**2. Welches Thema bzw. welche Themen im Regierungsbezirk Arnsberg liegen Ihnen besonders am Herzen?**

Die genannten Themen liegen mir besonders am Herzen. Sie prägen meine Arbeit:

Digitale Höchstleistungsnetze. Dazu zähle ich auch Schulen für die digitale Zeit, digitale öffentliche Verwaltungen und die Kultur, das Theater zum Beispiel. Ich bin begeistert von der Akademie für Theater und Digitalität in Dortmund.

Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft. Damit verknüpfen und stärken wir in unserem Regierungsbezirk die im Ruhrgebiet entstandene herausragende Hochschul- und Forschungslandschaft und ihre benachbarten ländlichen Räume, die heute starke mittelständische Industrieregionen sind.

Neue Mobilität in allen Räumen unseres Regierungsbezirks.

Und die Herausforderungen des Klimawandels liegen mir am Herzen. Die Wirtschaft geht hier übrigens voran mit CO2-neutralen Produktionsstandorten.

**3. Die Städte und Gemeinden in Ihrem Regierungsbezirk sind teilweise strukturell sehr unterschiedlich. Mehrere Städte und Gemeinden nehmen am Stärkungspakt Stadtfinanzen teil. Welche Herausforderungen ergeben sich für Sie als Aufsichtsbehörde bei den Stärkungspakt-Kommunen?**

Die Bezirksregierung Arnsberg ist derzeit für die Haushaltsprüfung von 16 kreisangehörigen Kommunen sowie drei kreisfreien Städten zuständig. Alle haben die Ziele für den Haushaltsausgleich in den vergangenen Jahren erfüllt. Bei der Mehrheit der Kommunen ist der Haushalt nunmehr strukturell ausgeglichen. Für diese Kommunen besteht die Herausforderung darin, einen erneuten Verzehr von Eigenkapital zu vermeiden.

Sieben Kommunen sind noch überschuldet. Hier ist es ein langer Weg, bis wieder ein Eigenkapital in der Bilanz ausgewiesen werden kann. Dafür brauchen diese Kommunen deutlich mehr Unterstützung.

Ich halte es in diesem Zusammenhang für notwendig, bei Investitionsförderprogrammen von EU, Bund und Land den Eigenanteil insbesondere der finanzschwachen Kommunen zu reduzieren. Ansonsten unterbleiben

Investitionen gerade dort, wo sie dringend und vorrangig erforderlich sind. Das schadet allen.

Unabhängig davon sollten mit Blick auf die Kommunen die zahlreichen Investitions- und Konjunkturprogramme der drei Ebenen im Sinne eines Multi-Level-Governance harmonisiert und vereinfacht werden.

#### **4. Wie bewerten Sie die stetig zunehmende finanzielle Belastung der Kreise als Hauptleistungsträger im Sozialbereich? Verschärft die Umlagefinanzierung der Kreise die interkommunalen Konflikte?**

Beides – diese finanzielle Belastung der Kreise und kreisfreien Städte sowie die daraus entstandenen interkommunalen Konflikte in den Landkreisen – sind Ergebnisse einer Politik, Kommunen zu Verteilungsagenturen zentralstaatlicher Sozialleistungen umzufunktionieren, was deutlich auch zu Lasten kommunaler Zukunftsinvestitionen gegangen ist.

Der Bund hat jetzt einen anderen Weg eingeschlagen. Der Bund sollte diesen Weg weitergehen und die Kommunen systematisch von allen Soziallasten befreien, für die die Kommunen selbst keine direkte Verantwortung tragen. Die vom Bund beabsichtigte Erhöhung der Erstattung für die Kosten der Unterkunft der Arbeitssuchenden im Rahmen des Arbeitslosengeldes II, für die sich auch Nordrhein-

Westfalen eingesetzt hat, ist deshalb nur zu begrüßen. Es geht um die konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips gerade im Sozialbereich.

### **5. Ihre Behörde übernimmt Aufgaben im Bereich der Flüchtlingspolitik. Wie ist die aktuelle Lage?**

Unter den Bedingungen der Corona-Pandemie hat sich das Asylsystem des Landes als krisentauglich erwiesen. Die Geflüchteten sind bis Ende Mai nicht in die Kommunen weitergeleitet worden. Den erhöhten Infektionsrisiken durch Zunahme der Belegung in Landeseinrichtungen, die sich anfänglich auch in einigen Einrichtungen realisiert haben, konnten durch kurzfristige Inbetriebnahme zusätzlicher Unterbringungsmöglichkeiten und die schnelle Umsetzung eines Entlastungskonzeptes begegnet werden.

Inzwischen konnte die Zuweisung an die Kommunen nachgeholt werden, soweit ein negatives Testergebnis und kein Infektionsgeschehen in der abgebenden Landeseinrichtung vorlag.

Die landesweite Steuerung solcher Prozesse mit Menschen aus einer Vielzahl von Herkunftsländern mit unterschiedlichen sozialen und kulturellen Bindungen in mehr als 40 Landeseinrichtungen war auch unter Pandemiebedingungen nur möglich, weil wir ein digitales Datenmanagement eingeführt hatten. Das ist das eine.

Das andere ist: Die Integration der 2015/16 vor Krieg und Gewalt geflüchteten Menschen ist durch das große Engagement vor Ort gut gelungen. Der Satz „Wir schaffen das“ hat sich als richtig erwiesen, wenn wir auf die inzwischen erlangten Schul- und Ausbildungsabschlüsse der Geflüchteten oder auf ihre Beschäftigungssituation blicken. Geflüchtete aus Syrien haben sich als Unternehmer selbstständig gemacht, haben Restaurants, Konditoreien gegründet, haben für sich zum Beispiel die Kranken- und Altenpflege oder den Beruf des Busfahrers oder Bahnführers entdeckt. Sie haben das Leben bei uns neu begonnen.

**6. Lehrermangel sorgt landesweit für eine angespannte Personalsituation in den Schulen. Gerade Grundschulen sind stark betroffen. Wie bewerten Sie diese Entwicklung? Wie wirkt sich diese in Ihrem Regierungsbezirk, besonders in den ländlicher geprägten Teilen des Regierungsbezirks aus?**

Bei der Personalsituation an den Grundschulen unseres Regierungsbezirks gibt es kein Stadt-/Landgefälle.

Fünf von sieben Landkreisen haben im Durchschnitt eine über hundertprozentige Personalausstattung an ihren Grundschulen. Bei den kreisfreien Städten gilt dies für zwei von fünf Großstädten.

Im harten Wettbewerb um Lehrkräfte spielt offenkundig die Finanzstärke verbunden mit lokaler politischer Wertschätzung von Bildung eine besondere Rolle. Lehrkräfte schauen sich vor ihrer Entscheidung für eine Schule die Qualität des Schulgebäudes, die Ausstattung der Schule, auch deren digitale Möglichkeiten und die Bereitschaft für zeitgemäßen Unterricht und die Attraktivität des Schulträgers genau an. Im Grunde entscheiden sie aufgrund der Qualität ihres zukünftigen Arbeitsplatzes. Tun wir das nicht alle?

Die Steuerungsmöglichkeiten unserer Schulabteilung und der Schulämter vor Ort bei solchen Entscheidungen sind begrenzt. Die Schulämter versuchen alles, durch Versetzungen oder Abordnungen Unterrichtsausfall soweit wie möglich zu vermeiden.

Unsere Schulabteilung konzentriert sich darauf, mit aller Kraft sogenannte Seiteneinsteiger zu gewinnen. Die neu geschaffene Beratungsstelle unserer Bezirksregierung zur Lehrkräftegewinnung zielt auf die passgenaue individuelle Beratung interessierter potenzieller neuer Lehrkräfte, um sie auf dem Weg in den öffentlichen Schuldienst zu unterstützen.

Darüber hinaus haben wir mit dem Pilotprojekt „ILF- Internationale Lehrkräfte Fördern“ seit 2018 bereits vielen Lehrkräften aus Drittstaaten, meist Krisengebieten, die Perspektive eröffnet, dauerhaft in unseren Schulen zu arbeiten und ihren erlernten Beruf wieder auszuüben. Damit helfen sie, den Lehrkräftemangel zu

reduzieren und leisten zugleich einen wichtigen Beitrag für die Schüler\*innen mit Fluchterfahrung. Die Nachfrage nach diesem Qualifizierungsangebot ist sehr groß.

Der Lehrkräftemangel ist eine Auswirkung der bereits langanhaltenden demografischen Entwicklung. Kinder, die nicht geboren werden, können keine Eltern und auch keine Lehrkräfte werden, können nicht im Handwerk arbeiten und auch keine Vereinsmitglieder werden.

**7. Auch eine flächendeckende gesundheitliche Versorgung wird immer schwieriger zu gewährleisten. Wie unterstützen Sie die medizinische und Pflege-Versorgung im Regierungsbezirk?**

Auch das ist eine Herausforderung des demografischen Wandels, der sich in Flächenregionen mit bereits geringer Bevölkerungsdichte und längeren Wegen tiefgreifender vollzieht als in Großstädten.

Über das Hausärzteprogramm des Landes wird die Niederlassung von Mediziner\*innen im ländlichen Raum gefördert. Hier ist auch die Bedeutung der Kommunen gewachsen, Hausärzte für sich zu gewinnen. Telemedizinische und telepflegerische Angebote stärken die Versorgung bei Ärzte- und Pflegekräftemangel gerade auf dem Land – vor allem durch digitale Kommunikation des „Telearztes“ mit Patient\*innen und den Fachärzt\*innen, Krankenhäusern, ambulanten und stationären

Pflegeeinrichtungen, Apotheken und übrigen Gesundheitsdienstleistern. Wir unterstützen – wo immer möglich – die Akteure, diese Angebote in die Fläche zu bringen.

Die Sicherstellung der stationären medizinischen Versorgung erfolgt im Regierungsbezirk Arnsberg gegenwärtig in mehr als 100 Krankenhäusern. Die zukünftige Krankenhausplanung wird stärker zwischen den unterschiedlichen Anforderungen von Fläche und Ballungsraum unterscheiden. Wir sollten stärker in Gesundheitsregionen denken, weil Regionen sich bei der Krankenhausversorgung deutlich unterscheiden.

Mit dem „Virtuellen Krankenhaus“ bietet das Land die deutschlandweit erste Plattform, die die fachärztliche Expertise flächendeckend digital vernetzt. Die medizinische Versorgung wird deutlich gestärkt. Ziel ist die Schaffung zukunftsfähiger digitaler Versorgungsstrukturen wie die der Telemedizin und der dazugehörige elektronische Austausch behandlungsrelevanter Patientendaten. Um das Potential der digitalen Möglichkeiten für die Patient\*innen sowie Leistungserbringer auszuschöpfen, geht das „Virtuelle Krankenhaus“ Kooperationen mit medizinischen Spitzenzentren ein. Die Häuser der Grund- und Regelversorgung gerade auch in der Fläche können so auf die besondere Expertise der Universitätskliniken zurückgreifen und sie nutzen.

**8. Digitalisierung und Mobilität sind gerade für ländlichere Regionen wichtige Zukunftsthemen. Welche Chancen, aber auch Risiken sehen Sie für den Regierungsbezirk Arnsberg?**

Wir sollten nicht länger über Chancen und Risiken diskutieren, sondern die Chancen nutzen auch für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und der kommunalen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Die Chancen liegen auf der Hand:

Remote-Work, das mobile Arbeiten, erlaubt es den Menschen dort zu wohnen und zu arbeiten, wo sie es am liebsten möchten – in ländlichen Regionen allerdings mit schnellen Verbindungen in die Zentren. Die Corona-Pandemie hat das Home-Office populär gemacht und gezeigt, wie mobiles Arbeiten gehen kann. Ko-Working und Ko-Living-Angebote oder digitale Dörfer bieten neue Chancen. Das „KoDorf“ von Frederik Fischer beispielsweise schafft neues Leben und Arbeiten auf dem Land, vereint Stadt und Land. Erndtebrück arbeitet bereits daran.

E-Commerce und entsprechende digitale Plattformen wie „Flobee“, „Atalanda“ und andere verbessern die privatwirtschaftlichen Versorgungsangebote ländlicher Regionen und steigern zugleich die Reichweite von Anbietern aus den ländlichen Räumen. Das gilt übrigens auch für regionale Erzeuger von Lebensmitteln.

Die regionale Vernetzung von Unternehmen und die Vernetzung regionaler Unternehmen mit Wissenszentren können durch Wissenstransfer die Wertschöpfung vor Ort erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken.

Die Digitalisierung bietet vor allem die Chance, Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, die nicht mehr länger vor Ort vorgehalten werden können, digital zu erbringen und bestehende Angebote qualitativ zu verbessern. Wir können dadurch das Leben der Menschen, die Planungen von Unternehmen, das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt einfacher machen. Zeitgemäße Schulen, digitale Bildungsangebote, wie gesagt: Gesundheit und Pflege, Mobilität in der Flächenregion.

Mobilität ist zentrales Zukunftsthema im ländlichen Raum. Die ländlichen Regionen haben es weit schwerer beim ÖPNV als die größeren und Großstädte. Es geht darum, völlig neue Ideen und Konzeptionen für die Mobilität in der Fläche – insbesondere auch in der Mittelgebirgsregion – zu entwickeln. Wir stehen erst am Anfang. Digital vernetzte Fahrgemeinschaften auf den Weg bringen, unterschiedliche Verkehrsmittel stärker vernetzen sind Themen. Selbstfahrende Autos gehören in die ländlichen Regionen als neue Form von Taxen und Teil des ÖPNV. In die Zentren sowie in die Ballungsräume und umgekehrt müssen die Menschen schneller, einfacher, bequemer und vor allem klimafreundlicher kommen können. Die Bahn muss zurück in die Fläche geholt werden. Reaktivierte Bahnlinien zeigen, dass die Bahn in der Fläche grundsätzlich über mehr Potentiale verfügt als der Bus.

Es gibt nur ein Risiko. Das Risiko unterlassener Digitalisierung. Entsprechendes gilt für die Mobilität. Unzureichende digitale Infrastrukturen und Lösungen gefährden beispielsweise den Spitzenplatz Südwestfalens als mittelständische Industrieregion in Deutschland.

**9. Vor welchen Herausforderungen stehen die Kommunen Ihres Regierungsbezirks? Wo werden die Kommunen im Jahr 2025 bzw. 2030 dastehen?**

Viele Themen, die wir angesprochen haben, verlangen nach einer stärkeren regionalen Vernetzung der Kommunen.

Und in Zeiten so grundlegender Veränderungen, in denen so vieles sich verwandelt, haben die Kommunen die besondere Aufgabe, einen Vertrauensort zu bilden. Sie haben die Aufgabe, quasi als eine institutionelle Vertrauensperson zu handeln, verlässlich zu sein. Es geht um öffentliches Vertrauen. „Trust“ – sagen die Angelsachsen. Und „Trust“ bedeutet zugleich auch Zuversicht. Kommunale Politik und Verwaltung müssen Vertrauen schaffen, verlässlich sein für Bürgerschaft und Wirtschaft. Das gilt auch in und für Regionen, für Regionalplanung und Regionalmanagement.

Und Kommunen gerade in den ländlichen Räumen müssen offen sein für Neues und für neue Bewohner\*innen und ihre Kulturen. Neues und Neue müssen hinzukommen, müssen willkommen sein, ja müssen offensiv nachgefragt werden.

Die Bedeutung von Kommunen und Regionen wird weiter wachsen. In Anlehnung an den Zukunftsforscher Daniel Dettling möchte ich sagen: 2025 bzw. 2030 werden die Kommunen in jedem Fall digitaler, globaler, mobiler, älter, gesünder, individueller und – auf das „und“ kommt es an – zugleich realer, lokaler, ökologischer, jünger, menschlicher und gemeinschaftlicher sein als heute.